

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 15.07.2014

Im Zweifel für die sicherste Maßnahme - Müll von der Asbesthalde Wunstorf muss sicher gelagert werden

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Asbestzementschlammhalde Wunstorf steht seit vielen Jahren im Fokus der Öffentlichkeit. Immer wieder befürchten besorgte Bürger, dass die Halde trotz vieler Sanierungsmaßnahmen in der Vergangenheit immer noch schädliche Auswirkungen auf die Umwelt und das Grundwasser in der Umgebung der Halde haben könnte. Erst nach kritischen Berichten der Medien hat die Region Hannover eine Beprobung von Brunnen wieder aufgenommen, die im Jahr 2004 eingestellt worden war. Auch das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) stellte in einer Stellungnahme vom 5. März 2014 fest, dass „die weitere Überwachung der Entwicklung im Schadenszentrum und an der Grundstücksgrenze zu empfehlen ist.“

Von der Region Hannover werden zurzeit verschiedene Varianten zur Sicherung der Halde geprüft. Die aktuell favorisierte Planung sieht vor, die Halde in Teilbereichen auf dem vorhandenen Grundstück umzulagern, mit einer Bodenabdeckung zu versehen und zu hoffen, dass diese Maßnahmen für die Zukunft ausreichend sind. Das Problem der Grundwassergefährdung durch die Auswaschung alkalischer Bestandteile von unten wird damit jedoch nicht behoben.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. die Region Hannover anzuweisen, die Machbarkeit der Verlagerung der Asbestzementschlammhalde Wunstorf-Luthe auf die Deponie Kohlenfeld zu prüfen,
2. alternativ die komplette Umlagerung in ein Landschaftsbauwerk umzusetzen und
3. die Region Hannover dabei durch EU-Fördermittel zu unterstützen.

Begründung

Im Jahr 1987 wurde auf dem Gelände der heutigen Asbestzementschlammhalde Wunstorf-Luthe bei Arbeiten an einer Maschine im Bereich der Werkhalle 2 ein Ölschaden festgestellt. Zwei Jahre später wurde der ölkontaminierte Boden in Bodenmieten zur biologischen Sanierung umgesetzt. Im Jahr 1990 wurde eine Großölabscheideanlage installiert und das gereinigte Wasser in die Schmutzwasserkanalisation eingeleitet. Im Jahr 1995 war die Grundwassersanierung beendet. Der Abschluss der Sanierung wurde im Jahr 1997 von den Landesämtern (NLfB und NLÖ) dokumentiert, die Überwachung durch ein halbjährliches Grundwassermonitoring fortgesetzt. Die letzte Messung im Rahmen des Grundwassermonitorings fand im Jahr 2004 statt und wurde anschließend eingestellt. Erst im Februar 2014 wurde auf massiven Druck von Anwohnern und über Medien eine erneute Messung von Brunnen durchgeführt, wobei „starke Ölphasen“ im Wasser festgestellt wurden.

Des Weiteren ist bekannt, dass durch Auswaschungen im unteren Deponiekörper durch das Grundwasser Arsenverbindungen mobilisiert werden, von welchen eine Grundwassergefährdung ausgeht.

Unabhängig davon wird in der Region zurzeit über eine Sanierung der Asbestzementschlammhalde beraten. Nachdem in früheren Jahren eine komplette Verlagerung der Halde in eine Deponie in Mecklenburg-Vorpommern vorgesehen war, wurde diese Planung nach massivem Druck aus Mecklenburg-Vorpommern zurückgezogen. Aktuell wird eine nach Meinung von Experten unzureichende Sanierung favorisiert, in deren Mittelpunkt eine teilweise Umlagerung und eine Abdeckung der Deponie von oben stehen.

Die niedersächsischen Erfahrungen mit anderen Deponien zeigen, dass selektive Maßnahmen niemals garantieren, dass eine Altlast die Umwelt in Zukunft nicht mehr gefährdet. Vor diesem Hintergrund sollte das Land Niedersachsen die Region Hannover anweisen, die Asbestzementschlammhalde Wunstorf-Luthe in die Deponie in Kohlenfeld oder in ein Landschaftsbauwerk umzulagern, um das frühere Fulgurit-Gelände anschließend umfassend zu sanieren und eine Gefährdung der Umwelt in Zukunft auszuschließen. Durch diese Verlagerung bzw. komplette Umlagerung könnte in Wunstorf-Luthe die Industriebrache für neue Industrieansiedelungen genutzt werden. Ebenso könnten weitere Asbestzement-Altlasten in der Gemarkung Wunstorf und Wunstorf-Luthe ortsnah und damit kostengünstig beseitigt und noch unbekanntere weitere Bestandteile des derzeitigen Deponiekörpers entfernt werden.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender